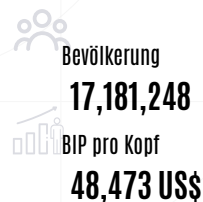
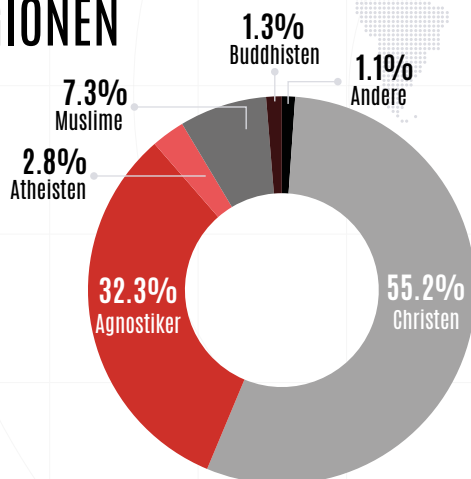




NIEDERLANDE

RELIGIONEN



DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Im Königreich der Niederlande ist die Religionsfreiheit durch die Verfassung¹ geschützt. Dort heißt es in Artikel 6: „Jeder hat das Recht, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen frei zu bekennen, unbeschadet der Verantwortung jedes Einzelnen vor dem Gesetz“. Die Regierung kann jedoch die Ausübung dieses Rechts „zum Schutz der Gesundheit, im Interesse des Verkehrs und zur Beseitigung oder Abwehr von Störungen“ einschränken.

Alle Bürger sind gleich zu behandeln; die Verfassung verbietet jegliche Diskriminierung aufgrund der Religion oder des Glaubens (Artikel 1). Beschwerden im Zusammenhang mit Diskriminierung können an eine landesweite Hotline der Regierung oder an das Niederländische Institut für Menschenrechte gerichtet werden. Beschwerden über Diskriminierung im Internet nimmt die eigens dafür geschaffene Hotline MiND entgegen.² Die Staatsanwaltschaft führt ein Register sämtlicher Fälle von Diskriminierung und betreibt eine Datenbank über Straftaten mit Diskriminierungshintergrund.³

Artikel 7 der Verfassung garantiert die Redefreiheit, aber

auch dieses Recht unterliegt bestimmten Einschränkungen. So gilt es nach dem niederländischen Strafgesetzbuch als strafbare Handlung, sich in der Öffentlichkeit bewusst beleidigend gegen eine Religion zu äußern oder in Wort, Schrift oder Bild zu religiösem Hass aufzustacheln.⁴

Eine Verpflichtung zur behördlichen Registrierung besteht für Religionsgemeinschaften in den Niederlanden nicht; allerdings müssen sie gewisse Anforderungen erfüllen, um z. B. von Steuerbefreiungen zu profitieren. Dazu muss eine Institution „von philosophischer oder religiöser Natur“ sein, dem gesellschaftlichen Gemeinwohl dienen, ohne Erwerbszweck arbeiten und gewaltfrei tätig sein.⁵ Ausländische Geistliche, wie z. B. Imame und Pfarrer, die ein Langzeitvisum für die Niederlande benötigen, müssen vor ihrer Ankunft in den Niederlanden einen Integrationsprozess begonnen haben, der auch das Erlernen der niederländischen Sprache umfasst.⁶ Einige Muslime haben Bedenken zu dieser Vorgehensweise aufgrund ihrer ‚Selektivität‘ bei ausländischen Imamen geäußert, die es bei anderen Religionsgemeinschaften so nicht gebe.⁷

Öffentlich finanzierte Schulen müssen dem Recht von Religionsgemeinschaften, Unterricht in der eigenen Religion oder dem eigenen Glauben zu erteilen, „gebührend Rechnung tragen“. Religiöse Schulen und Einrich-

tungen erhalten öffentliche Fördermittel.⁸ Im Jahr 2019 unterstützte die Regierung fast 6.800 religiös ausgerichtete Grundschulen und 1.450 weiterführende Schulen.⁹ An bestimmten religiösen Schulen bildet die Zugehörigkeit zur jeweiligen Religion die Zugangsvoraussetzung für Schüler oder Lehrer, eine Diskriminierung aus anderen Gründen wäre jedoch gesetzeswidrig.¹⁰ Obwohl es nach dem Gesetz jedem frei steht, eine auf der eigenen Religion oder dem eigenen Glauben beruhenden Schule zu eröffnen, war es bisher fast unmöglich, staatliche Fördermittel hierfür zu erhalten.¹¹ Im Mai 2020 verabschiedete der Senat jedoch ein Gesetz, das es neu eröffneten Schulen ab 1. Juni 2021 erleichtern wird, staatliche Mittel zu beantragen.¹²

Alle Schulen müssen Unterricht zur „Sexualität und sexuellen Vielfalt“ erteilen, damit Kinder lernen, „Geschlechterunterschiede und unterschiedliche sexuelle Vorlieben zu respektieren“.¹³ Wie die Schulen dieses Ziel erreichen, hängt vom Wesen der einzelnen Schule ab. Religiöse Schulen können die eingesetzte Methode selbst wählen.¹⁴

Eine niederländische Tierschutzpartei hatte einen Gesetzesentwurf für ein generelles Verbot von Schlachtungen ohne vorherige Betäubung des Tieres vorgelegt, der im Mai 2019 vom Staatsrat mit der Begründung abgelehnt wurde, dass ein solches Gesetz die Religionsfreiheit gläubiger Muslime und Juden zu sehr einschränken würde.¹⁵ Der Großrabbiner der Niederlande hatte mit Blick auf eine Entscheidung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Dezember 2020, die das Verbot ritueller Schlachtungen in Belgien bestätigte, angemerkt, dass die „orthodoxen Juden das Land dann verlassen würden“.¹⁶

Am 1. August 2019 trat ein Gesetz in Kraft, das das Tragen von gesichtsbedeckender Kleidung (wie z. B. Burka und Niqab) an öffentlichen Orten wie etwa Regierungsgebäuden, Schulen, Krankenhäusern und in öffentlichen Verkehrsmitteln verbietet.¹⁷ Schätzungen zufolge tragen nur ein paar hundert Frauen in den Niederlanden diese Kleidungsstücke und Behörden der niederländischen Städte gaben an, die Durchsetzung des neuen Gesetzes nicht zu einer Priorität machen zu wollen.¹⁸ Bis Oktober 2020 waren vier Verwarnungen ausgesprochen und keine Bußgelder verhängt worden.¹⁹

Im Juni 2020 veröffentlichte ein Parlamentsausschuss zur Untersuchung des Einflusses „anti-demokratischer“ Länder durch Finanzierung von Moscheen in den Niederlanden seinen Abschlussbericht. Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass (oft unsichtbare) Finanziere aus

Ländern wie Kuwait, Katar und Saudi-Arabien einen „politisch-religiösen Einfluss“ ausübten, indem Sie „Imame in den Niederlanden ausbilden, bezahlen oder dorthin entsenden“ und dass die türkische Organisation Diyanet, die Arbeitgeber aller türkischen Imame ist, einen starken politischen Einfluss ausübe.²⁰ Im November 2020 kündigte die Regierung ihren Plan an, ein Gesetz zur Transparenz sozialer Organisationen zu verabschieden, um so Spendenflüsse „eingehender“ untersuchen und Gelder, falls nötig, einfrieren zu können. Außerdem sollten die „Zielgruppen“ dadurch widerstandsfähiger gegen den Einfluss ausländischer Geldgeber aus „unfreien“ Ländern gemacht werden.²¹

Katholische Kirchenführer kritisierten eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom April 2020, nach der Ärzte Menschen mit schwerer Demenz Sterbehilfe leisten dürfen, sofern diese im Vorfeld eine entsprechende Patientenverfügung verfasst haben.²² Ebenso verurteilte Kardinal Willem Eijk aus Utrecht im Oktober 2020 eine Regelung scharf, die Sterbehilfe für Kinder zuließ. Er merkte an, dass – wenn die betreffenden Regelungen in Kraft treten würden – menschliches Leben unter Umständen vom Augenblick der Empfängnis bis ins hohe Alter in jedem Moment straffrei von Ärzten beendet werden könne.²³

Im Dezember 2020 kündigte die Regierung aufgrund des Anstiegs antisemitisch motivierter Vorfälle im Land die Schaffung der neuen Position eines nationalen Antisemitismus-Koordinators an. Die Pläne für die Schaffung einer solchen Stelle gegen Diskriminierung und Rassismus waren bereits zuvor angekündigt worden.²⁴

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Die offiziellen an die OSZE gemeldeten Zahlen zur Hasskriminalität in den Jahren 2018 und 2019 umfassten auch Fälle von Hassrede. Für das Jahr 2019 wurden Straftaten aufgrund von „Vorbehalten gegenüber Menschen anderer Religions- und Glaubensgemeinschaften“ nicht weiter aufgeschlüsselt. Antisemitische Straftaten wurden separat gemeldet. Für das Jahr 2018 wurden Taten mit antisemitischem oder antimuslimischem Hintergrund getrennt von jenen ausgewiesen, die sich gegen „Anhänger anderer Religionen oder Glaubensrichtungen“ richteten.

Antisemitische Vorfälle

Die offiziellen polizeilichen Zahlen für das Jahr 2019 umfassen 257 antisemitisch motivierte Vorfälle, 2018 kam es

zu 275 solcher Fälle.²⁵ In seinem Bericht für das Jahr 2019 verzeichnete das Informations- und Dokumentationszentrum Israel die „höchste Zahl jemals innerhalb eines Kalenderjahres verzeichneter Fälle“ seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1982. Insgesamt ereigneten sich 182 Vorfälle in sechs verschiedenen Kategorien, Online-Hetze nicht eingeschlossen. Den größten Anstieg gab es mit 61 Fällen bei den Übergriffen außerhalb des Internets, einschließlich verbaler oder tätlicher Übergriffe und Drohungen, deren Zahl sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hatte.²⁶ Ein Angriff wurde von „rechtsextremen Antisemiten“ ausgeführt, 18 durch Aktivisten der Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen).²⁷

Zu den Vorfällen des Jahres 2018 gehörte ein körperlicher Angriff auf einen jüdischen Jungen durch eine Sicherheitskraft bei einer Feier im Juni. An einem wichtigen jüdischen Feiertag im September wurde ein erkennbar jüdischer Mann beleidigt und ihm wurde ins Gesicht gespuckt. Außerdem wurde eine Vielzahl von Vandalismus-Fällen gemeldet.²⁸

Im Jahr 2019 brüllte ein Junge eine jüdische Familie vor einer Synagoge in Rotterdam mit den Worten „Ihr Juden, ich schieße euch tot“ an, während seine Eltern dabei standen und zusahen.²⁹

Vorfälle in Verbindung mit dem Islam

Den offiziellen polizeilichen Zahlen zufolge kam es 2018 (für das die jüngsten aufgeschlüsselten Daten vorliegen) zu 137 antimuslimisch motivierten Straftaten, Fällen von Hassrede oder sonstigen Vorfällen. Zivilgesellschaftliche Organisationen meldeten 23 solcher Fälle.³⁰ Für das Jahr 2019 meldeten zivilgesellschaftliche Organisationen 47 solcher Fälle an die OSZE.³¹

Zu den Vorfällen im Jahr 2018 gehörten tätliche Angriffe auf Frauen mit Kopftuch, Drohungen gegen muslimische Familien oder eingeworfene Fensterscheiben und anderer Vandalismus an Moscheen.³² So wurde beispielsweise 2018 eine junge Muslima angegriffen, weil sie sich weigerte, ihr Kopftuch abzulegen. Sie wurde schwer verletzt und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Im September 2018 wurde die Wand einer Moschee mit Tomatensoße beschmiert.³³

Der Bericht des Türkischen Forums der Niederlande enthielt ein weiteres Beispiel für körperliche Gewalt: Ein muslimischer Jugendlicher und seine Mutter wurden im März 2019 von Tätern angegriffen, die dabei den Namen eines

Politikers schrien, der für seine islam- und migrantenfeindliche Haltung bekannt ist. Die Organisation vermeldete auch Fälle von Bedrohung. So wurden tote Schafe zusammen mit antimuslimischen Parolen vor einem von der muslimischen Gemeinschaft genutzten Gebäude abgelegt.³⁴

Im März 2020 wurde das Verfahren gegen den Mann eröffnet, der in Utrecht in einer Straßenbahn mehrere Fahrgäste erschossen und dabei „Allahu Akbar“ gerufen hatte. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft gestand der Mann die Tat und hatte in seinem Fahrzeug einen Brief mit folgendem Wortlaut hinterlegt: „Ich tue dies für meinen Glauben. Ihr tötet Muslime und wollt uns unseren Glauben wegnehmen, aber das wird nicht gelingen. Allah ist groß“.³⁵ Er wurde für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt.³⁶

Im Oktober 2020 wurde eine Online-Petition gestartet, mit dem Ziel, Beleidigungen des Propheten Mohammed unter Strafe zu stellen. Mehr als 120.000 Unterschriften wurden gesammelt. Das „Blasphemiegesetz“ sollte ein Gegenentwurf zum geplanten Gesetz der französischen Regierung gegen den „separatistischen Islam“ sein. In Frankreich ist dieses Gesetz als Reaktion auf die Enthauptung eines Lehrers und den extrem schweren Messerangriffen auf drei Katholikinnen geplant. Die Initiatoren der Online-Petition behaupteten, die schockierenden Taten hätten „nichts mit dem Islam“ zu tun. Ihre Forderung nach einem gesetzlichen Schutz für den Islam wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert und führte zu einer noch stärkeren Polarisierung in der Debatte um die Religionsfreiheit.³⁷

Das Christentum betreffende Vorfälle

Offizielle Zahlen zu anti-christlich motivierten Straftaten oder Vorfällen wurden im Bericht der OSZE für die Jahre 2018 und 2019 aufgeschlüsselt.

Im September 2018 erklärte Erzbischof Eijk von Utrecht, dass die katholische Kirche in den Niederlanden dabei sei, „rasch von der Bildfläche zu verschwinden“, da die Zahl der Kirchgänger „mit dem Älterwerden der katholischen Bevölkerung rapide abnimmt“. Er prognostizierte, dass die Diözese Utrecht über die kommenden zehn Jahre von aktuell 280 Kirchen auf etwa 10 oder 15 zusammenschrumpfen würde.³⁸

Im November 2018 gab die Staatsanwaltschaft in Den Haag bekannt, dass ein Mann, der im Mai 2018 gezielt Messerangriffe auf „christliche und jüdische Kaffer“ (abgeleitet von ‚Kafir‘, Arabisch für ‚Ungläubige‘) verübt hatte,

wegen dreifachen Mordes angeklagt worden sei. Es gab Tonaufnahmen von dem Mann, in denen er seiner Mutter sagte, dass „die Kaffer Tieren oder Behinderten“ gleichzusetzen seien.³⁹ Das Gericht erklärte ihn aufgrund einer Geisteskrankheit für nicht schuldig und ordnete die unbefristete Einweisung in eine Anstalt an. Das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Berufungsverfahren begann im September 2020.⁴⁰

Im Januar 2019 wurde in der Zeitung *Reformatisch Dagblad* die von etwa 250 Unterzeichnern unterschriebene niederländische Übersetzung der Erklärung von Nashville abgedruckt. Zu den Unterzeichnern gehörten auch bekannte protestantische Pastoren und Gemeindeleiter.⁴¹ Die Erklärung von Nashville aus dem Jahr 2017 beruhte auf einer Initiative der Southern Baptist Convention (Bund von Baptistengemeinden in den Südstaaten der USA) und richtete sich gegen „eine westliche Kultur, die zunehmend nach-christlich geprägt ist.“ Sie „bekräftigt“ eine „biblische Vorstellung“ von Ehe und Sexualmoral.⁴² Die Erklärung wurde trotz der Veröffentlichung eines Postskriptums, in dem Defizite in der kirchlichen Seelsorge für Homosexuelle eingeräumt wurden, von Presse und Öffentlichkeit scharf kritisiert.⁴³ Eine förmliche Beschwerde gegen die veröffentlichende Zeitung und einen der unterzeichnenden Politiker wurde mit der Begründung eingereicht, dass der Text die LGBT-Gemeinschaft diskriminiere und somit gegen Artikel 1 der niederländischen Verfassung verstoße. Im März 2020 erklärte die Staatsanwaltschaft, dass keine Anklage erhoben würde, da dies „gegen die Religionsfreiheit verstoßen“ würde.⁴⁴

Im Juni wurde in Breda eine Statue der Muttergottes von Czesłochowa mit den Lettern „BLM“ beschmiert.⁴⁵ Im November 2020 wurde die protestantische Markuskirche durch Feuerwerkskörper mit der „Kraft einer Handgranate“ schwer beschädigt.⁴⁶

Im Hinblick auf religiöse Motive im Zusammenhang mit der öffentlichen Bildung kam zuletzt eine Debatte über protestantische (reformierte) Schulen auf, die von Eltern eine Erklärung einholten, mit der diese sich von Homosexuali-

tät distanzieren sollten. Der (christliche) Bildungsminister gab zunächst an, dass Schulen ein Recht darauf hätten, eine solche Erklärung zu verlangen, musste aber später unter politischem Druck einräumen, dass hier verschiedene Grundrechte – wie das Recht auf Bildungsfreiheit und das Verbot der Diskriminierung – in einem „Spannungsfeld“ stünden und die homosexuellenfeindliche Erklärung einen Schritt zu weit gehe.⁴⁷

Maßnahmen gegen das Coronavirus

Die niederländische Regierung verhängte während der Coronavirus-Pandemie im Jahr 2020/21 im Rahmen der Lockdowns keine Beschränkungen für öffentliche Gottesdienste mit Ausnahme einer Regelung zur Anzahl der Menschen, die sich gleichzeitig in einem Raum aufhalten durften.⁴⁸ Einige Gemeinden setzten sich jedoch darüber hinweg, was eine breitere öffentliche Debatte zum Thema Religionsfreiheit auslöste.⁴⁹

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Im Berichtszeitraum konnte zwar keine wesentliche Zunahme staatlicher Einschränkungen der Religionsfreiheit beobachtet werden. Der zunehmende Antisemitismus ist besorgniserregend, die Regierung scheint jedoch bereits Maßnahmen ergriffen zu haben, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die gesellschaftliche Reaktion auf die kontroverse Erklärung von Nashville könnte dazu führen, dass einige orthodox eingestellte Christen in ihrer Haltung weiter verhärten, aber die Entscheidung, keine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten, war ein positives Zeichen. Sollten bestimmte migrationsfeindliche politische Parteien weiterhin an Popularität gewinnen, besteht die Gefahr, dass zunehmend Gesetzesvorschläge erarbeitet werden, welche die Religionsfreiheit von Minderheitsreligionen – insbesondere von Muslimen – einschränken wollen.

- 1 Verfassung des Königreichs der Niederlande von 1815 (i.d.F.v. 2018), Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen, https://www.government.nl/binaries/government/documents/reports/2019/02/28/the-constitution-of-the-kingdom-of-the-netherlands/WEB_119406_Grondwet_Koninkrijk_ENG.pdf (abgerufen am 12. Januar 2021).
- 2 Ministerium für Justiz und Sicherheit, „Reporting Discrimination“, Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/discrimination/reporting-discrimination> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 3 Ministerium für Justiz und Sicherheit, „Government measure to combat discrimination“, Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/discrimination/government-measures> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 4 Strafgesetzbuch, §§ 137c & d, Overheid.nl, http://wetten.overheid.nl/BWBR0001854/2018-01-01#BoekTweede_TiteldeelIV, (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 5 Niederländisches Zivilgesetzbuch, § 2.2, <http://www.dutchcivillaw.com/civilcodegeneral.htm> (abgerufen am 13. Januar 2021); Bericht des Sonderberichterstatters zur Religions- und Glaubensfreiheit, „Visit to the Netherlands“, Abs. 21, United Nations Human Rights Council, 12. Februar 2020, <https://undocs.org/en/A/HRC/43/48/Add.1> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 6 „Do I need to start civic integration before I arrive in the Netherlands?“ Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/immigration-to-the-netherlands/question-and-answer/do-i-need-to-start-civic-integration-before-i-arrive-in-the-netherlands> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 7 Bericht des Sonderberichterstatters zur Religions- und Glaubensfreiheit, „Visit to the Netherlands“, Abs. 63, ebd.
- 8 Constitution, Artikel 23, ebd.
- 9 Bericht des Sonderberichterstatters zur Religions- und Glaubensfreiheit, „Visit to the Netherlands“, Abs. 41, ebd.
- 10 „Openbaar en bijzonder onderwijs“, Rijksoverheid, <https://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/vrijheid-van-onderwijs/openbaar-en-bijzonder-onderwijs> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 11 Ebd.
- 12 „Meer mogelijkheden oprichting nieuwe school“, Rijksoverheid, <https://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/vrijheid-van-onderwijs/oprichten-nieuwe-school> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 13 „Subjects and attainment targets in primary education“, Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/primary-education/subjects-and-attainment-targets-in-primary-education> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 14 „Seksuele voorlichting“, Ouders & Onderwijs, <https://oudersenonderwijs.nl/kennisbank/kwaliteit-van-het-onderwijs/lessen-en-vakken/seksuele-voorlichting/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 15 „Samenvatting van advies over het bedwelmd slachten van dieren“, Raad van State, 16. Mai 2019, <https://www.raadvanstate.nl/@115403/samenvatting-advies-1/> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 16 Debbie Maimon, „EU Court Upholds Belgium Shechitah Ban, Sending Ominous Message to Europe’s Jews“, Yated Ne’eman, 23. Dezember 2020, <https://yated.com/eu-court-upholds-belgium-shechitah-ban-sending-ominous-message-to-europes-jews/> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 17 „What does the partial ban on face coverings entail?“ Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/ban-on-face-coverings-referred-to-in-the-media-as-the-burka-ban/question-and-answer/what-does-the-partial-ban-on-face-coverings-entail> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 18 Jamie Dettmer, „Dutch Headwear Ban Sparks Vigilantism Fears“, VOA News, 8. August 2019, <https://www.voanews.com/europe/dutch-headwear-ban-sparks-vigilantism-fears> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 19 „Netherlands burka ban largely not enforced; no fines, four warnings in a year“, NL Times, 21. Oktober 2020, <https://nltimes.nl/2020/10/21/netherlands-burka-ban-largely-enforced-fines-four-warnings-year> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 20 „Concern about funding of mosques by ‘anti-democratic’ donors“, Dutch News, 25. June 2020, <https://www.dutchnews.nl/news/2020/06/concern-about-funding-of-mosques-by-anti-democratic-donors/>; „Eindverslag parlementaire ondervragingscommissie overhandigd“, Tweede Kamer, 25. June 2020, <https://www.tweedekamer.nl/nieuws/kamernieuws/eindverslag-parlementaire-ondervragingscommissie-overhandigd> (beide abgerufen am 14. Januar 2021).
- 21 „Dutch gov’t to tackle foreign donations, influence on mosques“, NL Times, 23. November 2020, <https://nltimes.nl/2020/11/23/dutch-govt-tackle-foreign-donations-influence-mosques> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 22 Sanne Gerrits, „Katholieke kritiek op euthanasie-uitspraak Hoge Raad: ‘Dit gaat grote impact hebben‘“, Katholiek Nieuwsblad, 24. April 2020, <https://www.kn.nl/nieuws/samenleving/katholieke-kritiek-op-euthanasie-uitspraak-hoge-raad-dit-gaat-grote-impact-hebben/> (abgerufen am 12. November 2020).
- 23 „Dutch cardinal denounces euthanasia for children“, The Catholic Weekly, 29. Oktober 2020, <https://www.catholicweekly.com.au/dutch-cardinal-denounces-euthanasia-for-children/> (abgerufen am 12. November 2020).
- 24 „Dutch government to get special advisor on tackling anti-Semitism“, Dutch News, 14. Dezember 2020, <https://www.dutchnews.nl/news/2020/12/dutch-government-to-get-special-advisor-on-tackling-anti-semitism/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 25 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Netherlands“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/netherlands?year=2019>; Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Netherlands“, Organization for Security and Co-operation in Europe, <https://hatecrime.osce.org/netherlands?year=2018> (both abgerufen am 12. Januar 2021).
- 26 „Monitor of Antisemitic Incidents in the Netherlands in 2019 Summary Report“, Centrum Informatie en Documentatie Israel, <https://archive.jpr.org.uk/download?id=8743> (abgerufen am 12. Januar 2021).
- 27 Cnaan Liphshiz, „Record number of anti-Semitic incidents documented in the Netherlands in 2019“, The Times of Israel, 18. Februar 2020,

- <https://www.timesofisrael.com/record-number-of-anti-semitic-incidents-documented-in-the-netherlands-in-2019/> (abgerufen am 13. Januar 2021).
- 28 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Netherlands“, ebd.
- 29 Cnaan Liphshiz, „Record number of anti-Semitic incidents documented in the Netherlands in 2019“, ebd.
- 30 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Netherlands“, ebd.
- 31 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Netherlands“, ebd.
- 32 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2018 Hate Crime Reporting – Netherlands“, ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Office for Democratic Institutions and Human Rights, „2019 Hate Crime Reporting – Netherlands“, ebd.
- 35 Mike Corder, „Dutch terror trial starting for deadly Utrecht tram shooting“, ABC News, 2nd März 2020, <https://abcnews.go.com/International/wireStory/dutch-terror-trial-starting-deadly-utrecht-tram-shooting-69329873> (abgerufen am 12. Januar 2021).
- 36 Yelle Tieleman and Peter Koop, „Tramschutter gaat niet in hoger beroep; definitief levenslang voor Gökmen Tanis“, AD Nieuws, 3. April 2020, <https://www.ad.nl/binnenland/tramschutter-gaat-niet-in-hoger-beroep-definitief-levenslang-voor-gokmen-tanis~a83f7554/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 37 Soetenhorst, B. „Imam Blauwe Moskee wil wetgeving tegen beledigen Mohammed“, Het Parool, 30. Oktober 2020. <https://www.parool.nl/amsterdam/imam-blauwe-moskee-wil-wetgeving-tegen-beledigen-mohammed~b0da4f9f/> (abgerufen am 18. Januar 2021).
- 38 „Catholic church rapidly disappearing from Netherlands, archbishop says“, NL Times, 14. September 2019, <https://nltimes.nl/2018/09/14/catholic-church-rapidly-disappearing-netherlands-archbishop-says> (abgerufen am 11. Januar 2021).
- 39 „Stabber shot by Dutch police was seeking Jewish and Christian victims“, The Times of Israel, 16. November 2018, <https://www.timesofisrael.com/stabber-shot-by-dutch-police-was-seeking-jewish-and-christian-victims/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 40 „Vorbereidende zitting hoger beroep Malek F.“ Den Haag FM, 23. September 2020, <https://denhaagfm.nl/2020/09/23/voorbereidende-zitting-hoger-beroep-malek-f/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 41 „Gezamenlijke verklaring over Bijbelse seksualiteit“, Reformatorisch Dagblad, 4. Januar 2019, <https://www.rd.nl/artikel/783405-gezamenlijke-verklaring-over-bijbelse-seksualiteit> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 42 „Nashville Statement“, A Coalition for Biblical Sexuality, <https://cbmw.org/nashville-statement/> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 43 „Nashvilleverklaring krijgt pastoraal nawoord“, Reformatorisch Dagblad, 4. Januar 2019, <https://www.rd.nl/artikel/783397-nashvilleverklaring-krijgt-pastoraal-nawoord>; „Nashville-verklaring krijgt volop aandacht in Nederlandse media“, Reformatorisch Dagblad, 8. Januar 2019, <https://www.rd.nl/artikel/783698-nashville-verklaring-krijgt-volop-aandacht-in-nederlandse-media> (beide abgerufen am 14. Januar 2021).
- 44 „Nashville Statement does not breach Dutch constitution, say prosecutors“, Dutch News, 12. März 2020, <https://www.dutchnews.nl/news/2020/03/nashville-statement-does-not-breach-dutch-constitution-say-prosecutors/> (abgerufen am 15. Januar 2021).
- 45 „Vandals deface image of Poland's Black Madonna in Dutch city“, Catholic News Agency, 24. June 2020, <https://www.catholicnewsagency.com/news/vandals-deface-image-of-polands-black-madonna-in-dutch-city-15127> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 46 „Tienduizenden euro's schade aan aanbouw kerk Breda door vuurwerkbom“, NOS, 20. November 2020, <https://nos.nl/artikel/2357385-tien-duizenden-euro-s-schade-aan-aanbouw-kerk-breda-door-vuurwerkbom.html> (abgerufen am 14. Januar 2021).
- 47 „Minister Slob: antihomoverklaring op reformatorische scholen 'een brug te ver'“, Volkskrant, 10. November 2020. <https://www.volkskrant.nl/nieuws-achtergrond/minister-slob-antihomoverklaring-op-reformatorische-scholen-een-brug-te-ver~b981332f/> (abgerufen am 18. Januar 2021).
- 48 „Restrictions on Religious Freedom in Europe in the Name of the Fight Against Covid-19“, European Centre for Law and Justice, 4. November 2020, <https://eclj.org/religious-freedom/coe/limitations-portees-a-la-liberte-de-culte-en-europe-au-nom-de-la-lutte-contre-la-covid-19?lng=en>; „Dutch measures against coronavirus: Rules that apply indoors and outdoors“, Regierung der Niederlande, <https://www.government.nl/topics/coronavirus-covid-19/tackling-new-coronavirus-in-the-netherlands/public-life> (abgerufen am 12. Januar 2021).
- 49 Rijksoverheid Nederland, „Naar de kerk, moskee, synagoge of ander gebedshuis | Coronavirus COVID-19“ <https://www.rijksoverheid.nl/onderwerpen/coronavirus-covid-19/cultuur-uitgaan-en-sport/religieuze-en-levensbeschouwelijke-bijeenkomsten>